

# GÖTTINGER BLÄTTER

09.2016

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► Heraus zum 11. September!

### Kommunalwahlen in Niedersachsen

Der September beginnt in Deutschland mit gleich drei Wahlsonntagen: Zwischen den Landtagswahlen in MeckPomm und Berlin wurde am geschichtsträchtigen 11. September – es gab da auch 1973 einen Putsch in Chile – die Kommunalwahl in Niedersachsen angesetzt. Wir sind aufgerufen, den Kreistag, die jeweilige Gemeindevertretung resp. den Stadtrat, diverse Ortsräte und den neuen Landrat zu wählen. Und das Wählen ist wichtig:

Deutschland erlebt in diesen Monaten ein stetiges Anwachsen der faschistischen Bedrohung. Ob AFD, NPD, Freundeskreis oder Pegida, die braunen Rattenfänger\*innen sind auf dem Vormarsch und müssen gestoppt werden. Göttingen erlebt in den Wochen vor der Wahl immer wieder Aufmärsche der NPD, die auch zur Kreistagswahl antritt. Da sie in Osterode im Kreis sitzen, brauchten sie noch nicht einmal Unterschriften zu sammeln – dies soll sich nicht wiederholen.

Wenn genug anständige Menschen zur Wahl gehen, ist die NPD draußen, die Chance ist da und muss von uns genutzt werden! Die AFD hat es nicht gewagt, in Göttingen zur Stadtratswahl anzutreten. Auch das ist ein gutes Zeichen, noch besser, wenn deren semiintellektuelle Abspaltung Alfa gleichfalls nur die Auszählung erschwert. Göttingen sagt Nein zu semiintellektuellen Abspaltungen!

Die Göttinger Linke für den Stadtrat und die Partei DIE LINKE im Kreis mit ihrem Landratskandidaten Dr. Fascher stellen ein attraktives Angebot zur Wahl. Gemeinsam mit den Kandidat\*innen

streiten viele Leser\*innen der Göttinger Blätter für ein starkes Wahlergebnis. Wir wollen im Göttinger Stadtrat und im Kreistag die Fraktionsstärke erreichen, auch, um linke Strukturen wie das Rote Zentrum oder diese Zeitung erhalten zu können. Wir wollen in den Kommunen des Kreises unsere Kandidat\*innen einziehen lassen, um gemeinsam eine kritische Politik gegenüber den etablierten Parteien aufrecht zu erhalten. Die Zeiten sind zu ernst geworden, um eine Kommunalwahl auf die leichte Schulter zu nehmen.

Sie sind aber nicht zu ernst, um nicht gemeinsam am 11. September das Wahlergebnis zu erwarten, erfreuliche Resultate zu bejubeln oder schlechte Ergebnisse zusammen zu meistern. Wir möchten alle, die am Wahlabend mit uns mitfiebern wollen, in die Hafendar Kadenz, Judenstrasse 17 (gegenüber Central Hotel) einladen. Ab 17:30 Uhr verfolgen wir über Internet auf Großleinwand die aktuellen Zahlen, für lecker Essen und einige günstige Spezialangebote bei den Getränken ist gesorgt.

### Liebe Genoss\*innen, liebe Sympathisant\*innen,

auch der laufende Kommunalwahlkampf kostet wieder sehr viel Geld. Gerne nehmen wir dafür Spenden entgegen. Auf zahlreiche Zahlungseingänge freuen sich diese Konten:

**Göttinger Linke, Volksbank Göttingen, IBAN: DE61 2609 0050 0101 1987 00**  
**DIE LINKE. Göttingen/Osterode, Volksbank Göttingen, IBAN: DE39 2609 0050 3401 5108 00**

Zahlungsgrund: Spende, Vorname, Name, Anschrift

**Bitte gebt unbedingt Namen und Adresse an, da das Parteiengesetz verbietet, anonyme Spenden anzunehmen.**

Auf Wunsch stellen wir gern eine Spendenbescheinigung aus.

### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
 Lange Geismarstraße 2  
 37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
 Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Wahlaufruf Kommunalwahlen	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Die LINKE. Kreisverband	8
DIE LINKE. Kreisverband	9
Grobian	10
GöLinke	11
Stop CETA TTIP!	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 10.2016  
 ist der 17. September.  
 Auslieferung am 22. September.

### Aufruf zu bundesweiten Großdemonstrationen in sieben Städten am 17. September 2016

Artikel auf Seite 12



**SA. 17. SEPT. 12 UHR HAMBURG**  
 RATHAUSMARKT  
 FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!

**DEMO**

[WWW.TTIP-DEMO.DE](http://WWW.TTIP-DEMO.DE)



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## ► VVN-BdA nimmt Abschied von Prof. Kurt Pätzold

Wir müssen Abschied nehmen von einem großen antifaschistischen Geschichtswissenschaftler, Prof. Dr. Kurt Pätzold. Im Alter von 86 Jahren starb er am 19. August 2016.

Geboren am 3. Mai 1930 in Breslau erlebte er als Kind und Jugendlicher die faschistische Herrschaft, aber auch die Folgen des Krieges für die eigene Bevölkerung. Mit seiner Familie kam er 1945 nach Thüringen, wo er mit Antifaschisten in Kontakt kam und sich für einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang engagierte.

An der Friedrich Schiller Universität Jena beschäftigte er sich intensiv mit dem Thema Faschismus und Verantwortung der Konzerne, bevor er an der Humboldt-Universität Berlin sich mit dem Thema „Antisemitismus und Judenverfolgung (Januar 1933 bis August 1935). Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus“ habilitierte. Dieses Thema und die Geschichte der NSDAP und

ihrer Repräsentanten begleiteten ihn als Wissenschaftler bis zu seinem Tode. Als Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Geschichte wurde er jedoch Anfang der 90er Jahre im Zuge der Abwicklung der Sektion Geschichte 1992 entlassen.

Wir haben Kurt Pätzold in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur als Wissenschaftler, sondern als engagierten Mitstreiter in den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen erleben können. Er mischte sich ein in die Goldhagen-Debatte, kämpfte als Wissenschaftler gegen die Denunziation der überlebenden Buchenwald-Häftlinge durch die Veröffentlichung von Niethammer/ Wannemacher „Die roten Kapos“. In der Debatte um die Ausstellung „Vernichtungskrieg“ und den „Fall Barbarossa“ zeigte er die Verdrängungen bundesdeutscher Geschichtssicht auf.

Wir haben Kurt Pätzold als Gesprächspartner, als Referent auf Kongressen und bei Veranstaltungen erlebt. Dort wurde er für seine wissenschaftlichen, aber



auch klaren politischen Perspektiven geschätzt. Trotz zunehmend deutlicher Erkrankung war er bis in die letzten Tage seines Lebens von einer enormen Schaffenskraft geprägt.

Kurt Pätzold hat als Geschichtswissenschaftler der linken und antifaschistischen Bewegung einen enormen Fundus an Wissen und Erkenntnissen zur Verfügung gestellt. Als politischer Mensch hat er sich als Teil der fortschrittlichen Bewegung gesehen und sich vielfältig und engagiert an den kritischen Debatten über das Scheitern der DDR und der anderen sozialistischen Staaten beteiligt. Seine Stimme wird uns allen von nun an fehlen.

*Für die VVN-BdA  
Dr. Ulrich Schneider (Bundessprecher)*

## ► Neue Broschüre zum Nazi-„Freundeskreis“

Die Basisdemokratische Linke Göttingen hat gerade eine Sonderausgabe ihrer Zeitschrift „Demontage“ veröffentlicht, die sich schwerpunktmäßig mit dem rechtsextremen „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ auseinandersetzt. Die 28-seitige Broschüre liegt kostenfrei in der Stadt aus und kann als PDF im Internet heruntergeladen werden:

[www.inventati.org/blgoe/images/document/2016\\_demontage\\_6\\_web.pdf](http://www.inventati.org/blgoe/images/document/2016_demontage_6_web.pdf)

In der ersten Hälfte der Broschüre wird ein detaillierter Überblick über die bisherigen Aktivitäten des „Freundeskreises“ und seiner politischen Entwicklung gegeben.

Die zweite Hälfte besteht aus mehreren Artikeln, die den „Freundeskreis“ in seiner Gestalt analysieren und ihn in eine gesamtgesellschaftlichen Entwicklung einordnen: Ein erster Artikel zeigt das soldatisch geprägte Männlichkeitsideal des „Freundeskreises“ und erklärt die besondere Rolle Jens Wilkes. Weitere Artikel behandeln seine Selbstdefinition durch eine kriegssehnsüchtige Abgrenzung vom politischen Gegner und die Entwicklung von menschenfeindlichen Ideologien als Phänomene einer krisenhaften bürgerlichen Gesellschaft. Abschließend wird die wahrscheinliche zukünftige Entwicklung der lokalen ex-

tremen Rechten dargestellt und welche Gegenmaßnahmen sinnvoll scheinen.

Lena Rademacher, Sprecherin der Basisdemokratischen Linken, fasste die Intentionen bei der Veröffentlichung der Broschüre wie folgt zusammen: „Da die sehr gute Broschüre der Antifaschistischen Linken International zum Freundeskreis mittlerweile einige Monate alt ist und deshalb natürlich die Entwicklungen seit dem Frühjahr 2016 nicht abdeckt, hielten wir eine neue Broschüre für angebracht. Außerdem war es uns wichtig, einige weitere Aspekte der extrem rechten Ideologien zu beleuchten, von denen das Auftreten und Handeln des Freundeskreises geprägt sind. Wir haben uns dabei bemüht, diese Ideologien nicht einfach für sich stehen zu lassen, sondern die Bedingungen ihrer Entstehung in der seit langem krisenhaften Situation des Kapitalismus darzustellen.“

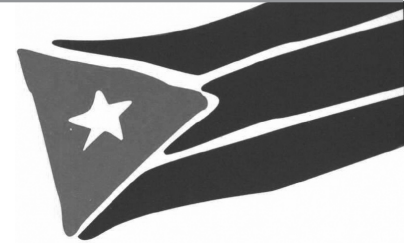
## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

### Mitgliederversammlung

**Dienstag, den 06. September**

Die Treffen finden um 20:00 im Berliner Hof statt



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## Die Solidarität und der Internationalismus Fidel Castros werden sein Leben überdauern

**Am 13. August vollendet Fidel Castro sein neunzigstes Lebensjahr. Nur wenige Menschen auf dem Planeten können auf ein annähernd bewegtes Leben zurückblicken und haben dabei gleichzeitig so viele Attentate auf ihr Leben überstehen müssen.**

Fidel Castro zum 90. Geburtstag Die Kubanische Revolution und Fidel Castro sind untrennbar miteinander verbunden, auch wenn es zu ihrer Errichtung und Festigung eines ganzen Volkes und nicht nur einer einzigen Persönlichkeit bedurfte – so ungewöhnlich stark diese auch sein mag.

Fidel Castro hat die Kubanische Revolution immer als Produkt des Kampfes mehrerer Generationen von Kubanerinnen und Kubanern gesehen. Dazu zählen die Widerstandsaktionen gegen die spanische Kolonisation im 19. Jahrhundert, die, angeführt von Manuel de Céspedes, zum ersten Unabhängigkeitskrieg führten. Der zweite Unabhängigkeitskrieg, inspiriert besonders von den Ideen von José Martí, brachte die Ablösung der Herrschaft der Spanischen Krone, führte aber zur Übernahme der faktischen Macht durch die Vereinigten Staaten.

Wirkliche Souveränität erlangte Kuba erst mit dem Triumph der Revolution 1959, die gleichermaßen internationales

Agieren auf Augenmaß mit den führenden Industriestaaten brachte, wie auch eine gesellschaftliche Gleichheit der Kubanerinnen und Kubaner wie es sie bis heute in Lateinamerika nicht gibt. Die Revolution war mit dem Sturm auf die Moncada-Kaserne am 26. Juli 1953 eingeläutet worden – unter Führung des jungen Fidel Castro.

Immer hat Fidel Castro mit seinem eigenen Internationalismus den Inter-

Land. Veränderungen und Korrekturen am sozialistischen Gesellschaftssystem sind immer dann durchgeführt worden, wenn sie nötig und wenn sie möglich waren. Heute ist Kuba Beispiel dafür, dass jenseits des ausbeuterischen und parasitären Kapitalismus, der immer auch auf die Ausgrenzung von Minderheiten setzt und dem das Führen von Kriegen immanent ist, eine andere Art von gesellschaftlichem Zusammenleben möglich

ist. Die Menschheit hat eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsform nötig, wenn sie ihr Überleben organisieren will!

Dieses Beispiel hat Fidel Castro den Hass der imperialistischen Mächte eingetragen - und dieses Beispiel hat 1974 zur Gründung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und zur Solidarität mit Kuba auch in den deut-

schen Staaten geführt.

Wir wissen, dass die Solidarität stärker ist als der Irrationalismus, mit dem Kubas Revolution bekämpft wird. Diese Solidarität geht über den Menschen Fidel Castro, dem wir noch viele Jahre an der Seite seines Volkes wünschen, hinaus. Sie wird eines Tages auch sein Leben überdauern.

*Bundesvorstand der  
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba  
10. August 2016*



nationalismus seines Volkes inspiriert. Kuba hat unter großen Opfern wesentlich dazu beigetragen, dass das südliche Afrika frei von Kolonie und Apartheid wurde. Bis heute wird Fidel Castro, stellvertretend für das kubanische Volk, dafür in ganz Afrika verehrt.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat Fidel als Staatspräsident Kuba durch schwere Jahre geführt. Die damals ausgerufenen Sonderperiode ist heute weitgehend überwunden, und Kuba ist immer noch ein sozialistisches

# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## ► Wohnen in Göttingen am Beispiel Grone

**Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes organisierte die Göttinger Linke mit der DKP und der Groner Bürgerinitiative Antifaschismus eine Veranstaltung zur Wohnpolitik in Göttingen. Eingeladen waren Eckhard Fascher (Landrat-Kandidat der Partei die Linke.), Bärbel Safieh (Spitzenkandidatin der GöLi für den Stadtrat in Grone, parteilos) und Hendrik Falkenberger (Spitzenkandidat der GöLi für den Ortsrat Grone, DKP).**

Unser Genosse Hendrik stellte die wohnpolitische Entwicklung in Grone dar, beginnend bei den 50er Jahren, als Flüchtlinge die im Krieg nur wenig zerstörte Stadt besiedelten. In den 70ern der Bauboom der gewerkschaftlichen „Neue Heimat“ bis zur Privatisierung öffentlicher und kommunaler Wohneinheiten, die anschließende Vernachlässigung des Stadtteils Grone bis zu den oberflächlichen Schönheitsreparaturen vor allem aus EU-Geldern, kein Ersatz für dauerhafte Stadtplanung. Er benannte die Schuldenbremse ein Hindernis für kommunale Politik.

Bärbel beschrieb ausgehend aus der Erfahrung bei ihrer Wohnungssuche hin zu ihrem Engagement im vergangenen Jahr, wo sie alleine in Grone über 100

leere Wohnungen gezählt hat und sich im Rahmen des Runden Tisches engagierte, so dass auf die Stadt Druck entstanden ist, leerstehende Wohnungen endlich zu vermieten. Eckhard ergänzte die Problematik hin zu öffentlichen Wohnbau mit Sozialbindung und betonte auch die Grundsätzlichkeit der Wohnfrage. Wohnen darf keine Ware sein, sondern ist ein Menschenrecht, darin waren sich alle am Rednerpult einig.

In der sachlichen und konstruktiven Diskussion wurde viel über Wohnungsgenossenschaften, soziale Mietpreisbindungen sowie Gesetze oder Verordnungen gegen Zweckentfremdung von Nutzung von Wohnflächen geredet. Damit wurde die Breite der Wohnpolitik deutlich repräsentiert.

Als DKP und Göttinger Linke sehen wir, dass eine soziale Bewegung notwendig ist, die die Wohnfrage thematisiert. Diese muss die verschiedenen betroffenen Gruppen wie Arbeiter aus dem niedrigen Lohnsektor, Hartz-IV-Empfänger\*innen, Flüchtlinge, Alleinerziehende und Studenten zusammenführen. Die Göttinger Linke wäre ein solches Sprachrohr im Rat der Stadt Göttingen und im Ortsrat Grone. Darum rufen wir zur Wahl der Göttinger Linken auf.

### Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### **MV Dienstag, 13. September, 20:00 Uhr**

Auswertung der Kommunalwahlen incl. Der Weiterarbeit in der Göttinger Linke

#### **MV Dienstag, 27. September, 20:00 Uhr**

Nazistrukturen in Nds  
Eingeladen ist ein Kollege der A.L.I.

Wir trauern um  
unseren langjährigen Genossen

**Dr. phil. habil.  
Jürgen Schramke**

**12.08.1942 - 5.08.2016**

Wir erinnern uns dankbar an  
seinen Einsatz  
zur Aufrechterhaltung der DKP in  
Göttingen nach 1989

DKP Göttingen

## Finanzmisere der Kommunen Informationsveranstaltung mit Jörg Miehe

**Dienstag, 6. September 2016, 20.00 Uhr**

Wer Kommunalpolitik betreibt, kommt sehr schnell an die Grenzen des unter den gegebenen Umständen Machbaren: Für ernsthafte Korrekturen der Ausgaben einer Kommune fehlt einfach das Geld! Es bleibt, sich die Einnahmeseite des Finanzhaushaltes anzuschauen.

Klar, wir fordern seit Jahrzehnten eine Erhöhung der Finanzierung der Kommunen. Aber wo kommt eigentlich das Geld der Kommunen her und wer könnte wo an diesem Rad drehen? Welche Forderungen müssen wir an wen stellen, um deutlich zu machen, dass die örtlichen Kommunalpolitiker von SPD, CDU, FDP und Grünen uns belügen und betrügen, weil ihre Parteifreunde im Land und im Bund natürlich genau hier alle Möglichkeiten haben.

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

## ▶ Protest gegen NPD-Kundgebung

Rede von Gerd Nier

**Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten,**

Göttingen war schon Ende der 1920-er und zu Beginn der 1930-er Jahre eine Hochburg der Nazi-Bewegung. Als mit der sogenannten Machtergreifung einhergehend schon recht bald die Demütigungen und Entlassungen von jüdischen Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen begannen regte sich kaum erkennbarer Widerstand in den Akademikerkreisen. Als die jüdischen Mitbürger\*innen aus ihren Häusern vertrieben, ihr Besitz beschlagnahmt und sie selbst deportiert wurden, regte sich kaum jemand öffentlich auf. Und als Kommunisten und Sozialdemokraten erst in den Zuchthäusern, dann in den KZs verschwanden, Sinti und Roma aus dem Straßenbild getilgt wurden, Zeugen Jehovas, Schwule und Lesben ausgesondert wurden, behinderte Menschen aus ihren Familien gerissen wurden, kam es zu keiner nennenswerten öffentlichen Empörung. Man selbst war ja nicht direkt betroffen. Und Krieg wurde anscheinend als etwas Unabänderliches verbucht.

Spätestens dann nach der Befreiung vom Faschismus, als für alle das Ausmaß der Gräueltaten, der Umfang und die Ungeheuerlichkeiten des Holocaust, die Tatsache das millionenfach die verschwundenen Menschen systematisch ermordet waren unleugbar offenbar wurde, konnte man nicht selten in meiner Eltern-Generation hören, das habe man zumindest in dem Maße nicht gewusst. Es mag dahingestellt bleiben, ob dies für viele eine Schutzbehauptung und die Unfähigkeit eines Schuldeingeständnisses war, oder ob es für größere Teile der Deutschen tatsächlich zutraf. Heute jedenfalls kann niemand mehr behaupten, er wisse nicht, wohin Rassenhass, völkische Überheblichkeit, Intoleranz aber auch Untertanengeist und Duckmäuserei geführt haben. Und deshalb müssten eigentlich tausende Göttingerinnen und Göttinger hier heute versammelt sein, um ein unüberhörbares „Nie wieder Faschismus“ dem unverbesserlichen Trupp der Neonazis, Rechten Kameradschaften und sogenannten Freundeskreise entgegen zu halten. Die, die wir hier versammelt sind stehen für internationale Solidarität gerade auch für die geflohenen Menschen, für die

## Kontakte:

Wähler\*innengemeinschaft  
GöLinke

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)

### SprecherInnenkreis:

Gerd Nier, Dr. Peter Strathmann,  
Marianne Mogk, Thomas Bahrs,  
Dr. Christian Schüler, Gunnar Siebecke

Verteidigung der Menschenrechte, für soziale Gerechtigkeit und eine pluralistische Gesellschaft. Wir treten auch ein für Meinungsfreiheit, aber Nazis können und dürfen sich auf dieses Recht nicht berufen, denn Faschismus war und ist keine Meinung sondern ist Menschenverachtung und ist und bleibt für immer ein Verbrechen. Und machen wir uns nichts vor, es geht nicht mehr nur um „wehret den Anfängen“, es geht schon längst darum den rechten Umtrieben nicht immer mehr öffentlichen Raum frei zu geben. Deshalb werden wir heute und wenn es sein muss noch viele andere Male in Göttingen, Northeim, Duderstadt, Adelebsen, Hann.Münden und wo auch immer in unserer Region, gegen die Aufmärsche, gegen die Hassparolen und gegen die Naziprovokateure mobilisieren und ihnen entgegentreten und entgegenhalten:

**Göttingen ist kein Ort für Nazis. Nirgends gibt es einen Ort für Nazis. Jeder Platz ist unser Platz! Haut ab!**

Diesmal hat es geklappt.

## ▶ Jeder Platz ist unser Platz! Kein Platz den Nazis!

Pressemitteilung der Göttinger Linken

Das Kulturfest am Freitag, die Zeltstadt in der Nacht von Freitag auf Samstag, das gemeinsame Frühstück am frühen Samstagmorgen und die Besetzung des Platzes bis zum Ende des jämmerlichen NPD-Aufmarsches waren aus Sicht der Göttinger Linken ein voller Erfolg.

Gut vorbereitet und mit vielen bunten Aktionen und Ideen ausgestattet ist es diesmal gelungen, das gewählte Motto des Bündnisses gegen Rechts Realität werden zu lassen. Das Gesamtkonzept

der Organisator\*innen hat verhindert, dass der Bahnhofsvorplatz von der Polizei großräumig mit Barrikaden abgesperrt werden konnte. Die fröhliche, wenig aufgeheizte Stimmung, die Weigerung, der Aufforderung der Polizei zu folgen, den Platz zu räumen und die deutlichen Signale für eine Sitzblockade waren ein klares friedliches Zeichen: Für die Nazis wird es keinen Raum auf dem Bahnhofsvorplatz geben.

Aber auch das vernünftige Verhalten der Einsatzleitung der Polizei und das kor-

rekte Verhalten der einzelnen Beamt\*innen zeigten eine Strategie der Deeskalation. Hoffen wir, dass dies ein Ergebnis des Umdenkens in der Polizeitaktik ist. Diese Form des Umgangs miteinander und der gegenseitigen Gesprächsbereitschaft könnte ein neues Kapitel für Demos in Göttingen einläuten. Denn wir müssen nach den Ankündigungen des NPD-Funktionärs Wilke immer wieder damit rechnen, dass diese unverbesserlichen Neo-Nazis weiterhin ihr Unwesen, ihre Hasstiraden und ihr provokatives Auftreten in Göttingen, in Adelebsen und in weiteren Orten und Städten der Region betreiben werden. Die Göttinger Linke wird weiter mit dabei sein, wenn es heißt:

**Jeder Platz ist unser Platz! Kein Platz den Nazis! Vielfalt statt Einfalt! Nazis haut ab!**

# **DIE LINKE.**

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

Die nächste Kreismitgliederversammlung findet im Oktober statt.

## Termine der Ortsverbände

### OV Göttingen Mitgliederversammlung

**Mittwoch, 14. September, 19:00 Uhr** im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Str. 2, Göttingen

Themen: Nachlese Kommunalwahl und Lage Rotes Zentrum

### OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Termin im August bitte bei Olaf und Kirsten Klein (vgl. Adressenspalte) erfragen.

### OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Nächste Mitgliederversammlung im Oktober

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Termine bitte bei Uli Maschke (vgl. Adressenspalte) erfragen.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung

**Dienstag, 6. September 19:30 Uhr**, in der Gaststätte Zum Krug, Mühlengrund 23, Rosdorf

## Treffen der Linksjugend solid

**Jeden Donnerstag 19 Uhr**, Treffpunkt vor dem Blauen Turm an der Universität

## Linker Stammtisch für alle!

Kein linker Stammtisch im September

## Treffen der AKL (Antikapitalistische Linke)

**Mittwoch, 21. September um 19 Uhr** im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2-3

## Und der wichtigste Termin: Wahlfete!

**So., 11. September, ab 17.30 Uhr** in der Hafenbar Kadenz; Jüdenstr. 17, Göttingen



## KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de).

## Linksjugend [;solid]:

[solidgoettingen@gmail.com](mailto:solidgoettingen@gmail.com)

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

[hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### Antikapitalistische Linke

Meike Brunken, Tel. 01577 78 25 333

E-Mail: [akiraki8@web.de](mailto:akiraki8@web.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

[E-Mail:SL-Goettingen@web.de](mailto:E-Mail:SL-Goettingen@web.de)

### AG Antifa

Michael Kaufmann

[ag.anti.fa.linke.goe@web.de](mailto:ag.anti.fa.linke.goe@web.de)

### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

## Rosa-Luxemburg-Club

### Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 26 - Juni 2016

## Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

### EDITORIAL

In der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause, die bereits deutlich im Zeichen des Kommunalwahlkampfes stand, sind vor allem die Schlussberatungen zu unseren Anträgen zu erwähnen. Obwohl es eigentlich um Selbstverständlichkeiten ging, wurden unsere Anliegen teilweise brüsk zurückgewiesen.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
 dielinke-goettingen.de/kreistag

## TOP 7 – Zuschuss für Zwangsarbeiterausstellung

Zur vorherigen Kreistagssitzung hatte DIE LINKE den Antrag eingebracht, für die in der BBS II zu sehende Ausstellung einen Personalkostenzuschuss zu gewähren, da die Präsentation der Ausstellung allein durch Ehrenamtliche nicht gewährleistet werden kann.

Die von der SPD und CDU bereits bei der Einbringung und auch bei den Grünen im Fachausschuss signalisierte Ablehnung wurde nun auch formal beschlossen. Dabei zeigte sich keinerlei Verständnis für die Geschichtswerkstätten als Träger, die nur als lästige Bittsteller angesehen wurden, deren Leistung in Frage gestellt wurde. Es wurde bewusst in Kauf genommen, dass die Zwangsarbeiterausstellung in ihrer Existenz gefährdet ist. 20.000 Euro sind auch bei satten Haushaltsüberschüssen zu viel, man will eben auch keine Personalkostenzuschüsse übernehmen.

Eckhard Fascher hingegen zeigte sich enttäuscht, da er davon ausgegangen war, dass dieses Anliegen allen wichtig sei, zumal es im Landkreis sonst keine dauerhafte Ausstellung gibt, die sich mit den Verbrechen der Nationalsozialisten beschäftigt und sich überhaupt im deutschsprachigen Raum nur sehr wenige Ausstellungen mit dem Thema Zwangsarbeit beschäftigen. Im Gegensatz zur Zwangsarbeiterausstellung sei es etwa beim Grenzlandmuseum möglich, hauptamtliche Stellen zu finanzieren, wie der Freistaat Thüringen es vormacht.

Lothar Dinges von der FWLG und der Grünen-Abweichter H.-G. Schwedhelm schlossen sich unserer Forderung an: „Wenn der Antrag nicht von den Linken käme, würde er durchgehen“.

- Ging er aber nicht, immerhin schlossen sich die FWLG und einige Grüne unseren Antrag an.

## TOP 8 – Einrichtung einer IGS in Hann. Münden

„Wenn der Antrag nicht von den Linken käme, würde er durchgehen“, gilt wohl auch für diesen. Gleichwohl betonte Eckhard Fascher, auch bei diesem Thema hartnäckig zu bleiben – gegenüber den Kräften, die im westlichen Landkreis das Schulsystem des 19. Jahrhunderts konservieren wollen. Als Beleg zitierten die Gegner eine Elternbefragung aus 2012, als noch andere Kriterien galten und zudem immerhin die Eltern von über 90 Kindern erklärten, eine IGS in Münden zu wünschen.

Während SPD-Schminke seine Ablehnung durch Zwischenrufe zu Protokoll gab, sprachen die anderen Gegner eines zeitgemäßen Schulsystems dann regulär: Maria Gerl-Plein (Grüne) meinte lapidar, zum Ende der Wahlperiode könne man so was nicht entscheiden, während Renate Krenz von der SPD eine IGS in Hann. Münden einfach nur rundweg ablehnte.

Das tat nicht einmal die CDU-Abgeordnete Jacobi, die der LINKEN aber vorwarf, „gewachsene Strukturen“ abschaffen zu wollen – als ob die gegenwärtige Schullandschaft nicht das Ergebnis von Kreistagsbeschlüssen sei.

DIE LINKE wird jedenfalls nach der Wahl – wie von Frau Gerl-Plein angeregt – den neuen Kreistag mit dem Thema beschäftigen.

- ➔ Abstimmung: Zustimmung nur von den Antragstellern.

## TOP 11 – Kostenlose Fahrradmitnahme im SPNV

Der von uns zur vorherigen Kreistagssitzung eingebrachte Antrag kam aus den Ausschussberatungen als interfraktioneller Antrag wieder heraus. Auch hier zeichnete sich unsere Hartnäckigkeit aus, obgleich es sich nur um eine Resolution handelt, da der Kreis solche Entscheidungen nicht treffen kann.

Andreas Gemmecke bedankte sich dann auch für die Unterstützung der anderen Fraktionen und wies noch einmal darauf hin, dass derartige Forderungen anderswo längst Realität seien.

- ➔ Einstimmig beschlossen.

## TOP 14 – Reaktivierung des Bahnhaltdepot Rosdorf

Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich nicht, wie man meinen könnte, um einen Antrag der LINKEN, sondern um eine Vorlage der Verwaltung, in der es darum geht, Mittel für die Planungskosten zur Verfügung zu stellen.

DIE LINKE begrüßt natürlich den nun angestoßenen Prozess, hätte sich jedoch gewünscht, dass auch Obernjesa hier Berücksichtigung findet.

Laut Vorlage besteht nun immerhin „eine sehr realistische Chance zur zeitnahen Reaktivierung eines Bahnhaltdepot in Rosdorf“.

## TOP 6 – Wegfall der sachgrundlosen Befristungen / TOP 20ff. - Beförderungen

Bei den Tagesordnungspunkten, die sich mit Personalangelegenheiten beschäftigten, gab es Licht und Schatten. Zu begrüßen ist ein Antrag der Mehrheitsgruppe, wonach Befristungen künftig nur noch die Ausnahme sein sollen.

Demgegenüber kam es im oberen Segment wieder zu zahllosen Beförderungen. DIE LINKE konnte diese nicht mittragen, vor allem vor dem Hintergrund, dass alle Bestrebungen, bei den Reinigungskräften Verbesserungen durchzusetzen, in der Vergangenheit zurückgewiesen wurden.

„Die Kommune hat kein Geld, daher muss gespart werden.“

## ► Sind Negativzinsen eine Lösung?

Der Staat hat kein Geld? Die Kommune „muss mit ihren begrenzten Mitteln haushalten“? Ist das ein Naturgesetz? Betrachten wir die Sache doch einmal ganz entspannt: Wer einen Antrag auf Sozialleistungen stellt, darf sich nicht vorher durch das Verschleppen seines Vermögens selbst bedürftig gemacht haben. Wie sieht es aber mit den öffentlichen Kassen aus? Seit Helmut Kohl schwadronierte „Leistung muss sich wieder lohnen“ und seinen Worten Taten folgen ließ, wurden die Steuern vor allem für Superreiche und Konzerne kontinuierlich gesenkt. Dies betrieben sämtliche Bundesregierungen bis heute. Der Staat hat sich also durch Steuergeschenke im hohen dreistelligen Milliardenbereich vorsätzlich arm gemacht. Nun werden uns die notleidenden öffentlichen Kassen präsentiert, damit wir kopflos zu Anhängern des für das öffentliche Leben zerstörerischen Sparregimes werden sollen. Mal heißt es Schuldenbremse, mal heißt es Zukunftsvertrag - und es gibt angeblich keine Alternative.

Nun scheint sich mit „Negativzinsen“ eine Möglichkeit aufzutun, die in den Medien breit diskutiert wird. Die einen finden, das sei etwas für „Schuldner und Hasardeure“ (der ehemalige bayrische Innenminister und Präsident des Sparkassenverbandes in der „Schwäbischen Zeitung“ vom 18.07.2016), andere nutzen die derzeitige Konjunkturlage schon.

### Schulden machen und dafür Geld bekommen?

#### Negativzinsen könnten in den Kommunen genutzt werden.

Es klingt seltsam, ist aber so: Länder, Unternehmen, Kommunen können sich zur Zeit Geld für anstehende Aufgaben leihen und dafür sogar Geld bekommen. Der Negativzins macht es möglich. Was genau ist das? Die EZB (Europäische Zentralbank) nimmt Geld ein, wenn Banken ihr Vermögen nicht investieren. Sie verlangt sogenannte Negativzinsen von den Banken. Die Banken sind also unter Druck, dass sie ihr Geld verleihen oder auf andere Weise loswerden. Die

Geldaufbewahrung bei der EZB kostet Banken inzwischen 0,4 Prozent Strafzins. Die EZB macht das in der Hoffnung, dass eine verstärkte Kreditvergabe durch Banken die Konjunktur ankurbeln könne.

Dieser Strafzins hat Folgen für das Verhalten der Banken gegenüber Unternehmen und anderen Kreditnehmern.

Als Konsequenz aus den hohen Gebühren für die Geldaufbewahrung bei der EZB haben mehrere Sparkassen schon darüber nachgedacht, das Geld im eigenen Tresor zu lagern. Auch davon, dass sie diese Kosten sogar über kurz oder lang den privaten Sparern aufhalsen könnten, ist die Rede. Das ist bisher noch nicht der Fall.

Die Banken wissen nicht, wohin mit ihrem Geld und geben Kreditnehmern sogar Geld dazu.

Was aus der gegenwärtigen Zinspolitik der EZB folgt, kann für Schuldner also nützlich sein. Das heißt, dass es auch auf kommunaler Ebene genutzt werden kann, wo immer nur die Rede von leeren Kassen ist. Vielleicht ist das auch in unserem Landkreis eine Möglichkeit?

Der Kölner Stadt-Anzeiger berichtet, dass die Kämmerer in Köln und der Nachbargemeinde Bergisch Gladbach Kassenkredite aufgenommen haben, durch die sie noch Geld einnehmen. Ein Kassenkredit ist für Kommunen so etwas wie der Dispositionskredit bei Privatleuten: „Die Stadt Köln etwa hat Kassenkredite in Höhe von 676 Millionen Euro aufgenommen. Für den weitaus größten Teil davon, für 562 Millionen Euro, braucht die Kämmerei keine Zinsen zu zahlen. Im Gegenteil: Die drei kreditgebenden Banken in Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg zahlen ihrerseits dafür, dass sie der Stadt Geld leihen dürfen. Die Negativzinssätze, die sie mit der Kommune vereinbart haben, schwanken zwischen 0,01 und 0,03 Prozent. Das bedeutet, dass die Stadtverwaltung auf den Monat bezogen rund 6000 Euro an ihren kurzfristigen Schulden verdient. – Quelle: <http://www.ksta.de/22303596> ©2016“ Auch von der Stadt Menden im Sauerland wird berichtet,

dass sie Kredite im Gesamtwert von 20 Millionen Euro aufgenommen hat und nach Abzug von Gebühren von der Bank als „Belohnung“ Geld bekommt – im konkreten Fall rund 1600 Euro. (rheinzeitung.de, 7.6.2016)

Kommunen dürfen aber nur Kredite aufnehmen, wenn sie das Geld wirklich als Investition brauchen. Wäre dem nicht so, könnte die Stadt zum Beispiel kurzfristig einen großen Kredit aufnehmen, ihn zurückzahlen und damit Geld verdienen. Ein Risiko besteht darin, dass sich die Zinspolitik in der Zukunft wieder ändern kann, und solche Schulden dann viel teurer werden könnten als zuvor geplant.

Es wäre auch mehr als verwegen, darauf zu setzen, dass Leute wie der Präsident der EZB und seinesgleichen eine verlässliche Regelung in Gang setzen würden, die dafür sorgt, dass für die Mehrheit der Menschen ein besseres Leben möglich ist. Kommunale Haushalte sind keine Unternehmen im klassischen Sinn. Geld zu investieren heißt nicht immer, dass man das Geld anschließend wieder heraus bekommt, sondern es kann schlicht für nützliche Aufgaben verbraucht werden.

### Gut finanzierte öffentliche Kassen sind auch ohne Negativzinsen möglich

Ganz grundsätzlich ist es richtig, dass die Kommune sich ruhig verschulden kann. Wie hoch, ist Geschmackssache und auf keinen Fall an objektiven Kriterien festzumachen. Damit kommen wir zur Einleitung dieses Artikels zurück. Unsere Kreispartei setzt in ihren Wahlkampfmaterialien und über den Wahlkampf hinaus einen prägnanten Punkt, wenn es um die Frage geht „Wer soll das alles bezahlen?“:

Für die Lebensqualität der hier lebenden Menschen notwendige Ausgaben müssen getätigt werden. Getilgt werden können die Schulden später aus der Besteuerung des gewaltigen Reichtums in immer weniger Händen. Das alles steht und fällt lediglich mit dem Willen der Mehrheitsbevölkerung: Proteste gegen Kürzungen und Sparmaßnahmen und für die Ausfinanzierung der öffentlichen Aufgaben der Kommune sind notwendig. Wenn die Bevölkerung es auch mit ihrer politischen Wahlentscheidung auf Bundesebene einfordert, können vor allem die Superreichen und Konzerne wieder angemessen besteuert werden.

(mb/es)



# DIE LINKE. Kreisverband Göttingen/Osterode

## ► Kommunalwahl am 11. September

### Wahlantritt

Am 25. Juli endete die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge.

Die von Seiten der LINKEN eingebrachten Vorschläge für den Kreistag, die Landratswahl und die einzelnen Stadt- und Gemeinderäte wurden ebenso anstandslos akzeptiert wie die der Göttinger Linken für den Stadtrat Göttingen und die Ortsräte Geismar und Grone

Im Vergleich zu den Wahlen vor fünf Jahren treten wesentlich mehr Parteien und Wählergruppen zu den jeweiligen Wahlen an. Für den Kreistag sind dies wie vor fünf Jahren neben den LINKEN, SPD, CDU, Grüne, Freie Wähler, FDP und Piraten. Hinzu kommen die NPD, die ALFA und wie befürchtet die AfD, die allerdings nur in elf von 13 Wahlbereichen antritt. Nur in Göttingen und einen weiteren Wahlbereich tritt DIE PARTEI an, ausschließlich in den Osteröder Wahlbereichen eine Anti-Kreisfusions-Wählergemeinschaft und eine weitere eher dem rechten Spektrum zuzurechnende Wählergemeinschaft.

Etwas überschaubarer ist es in der Stadt Göttingen, wo neben der Göttinger Linken, SPD, CDU, Grüne, FDP und Piraten noch die so genannte Antifaschistische Linke und DIE PARTEI überall antreten. Nur in einzelnen Wahlbereichen kandidieren Alfa und Freie Wähler, während NPD und AfD hier den Wählern erspart bleiben.

Zu erwarten ist somit eine Zersplitterung der Kommunalparlamente in viele Parteien, Gruppierungen und Einzelmandate.

Die konstituierende Sitzung der Kommunalparlamente wird traditionsgemäß im November stattfinden. Dort werden dann u.a. die Ausschüsse gebildet, das Präsidium gewählt und die ehrenamtlichen Bürgermeister bzw. stellvertretenden Landräte bestimmt.

### LINKER Truck

Für den Wahlkampf hatte der Landesverband vom 16.8. bis 23.8. eine Tour des LINKEN Truck durch sieben niedersächsische Städte organisiert. Der

Landesverband wollte damit „begleitet von Musikeinlagen und unterstützt von führenden Politikerinnen der Landes- und Bundespartei [...] wenige Wochen vor der Kommunalwahl noch einmal kräftig die Werbetrommel rühren.“

Begonnen wurde die Tour in Göttingen. Anschließend steuerte der Truck noch Gifhorn, Celle, Hannover, Osterholz-Scharmbeck, Aurich und Rotenburg/W. an.

In Göttingen fand die Veranstaltung auf dem Wochenmarkt statt. Eine Genehmigung für einen günstig gelegenen Platz war nicht möglich. Erst kurz zuvor war die Genehmigung für den Wochenmarkt erteilt worden, was die Mobilisierung zur Veranstaltung erheblich erschwert hatte.

An Landesprominenz waren in Göttingen die Bundestagsabgeordneten Pia Zimmermann und Herbert Behrens vertreten, der zugleich Landesvorsitzender ist.

Umrahmt von Musik der Gruppe „Gaby Lina In Company“ bestand der erste Teil der Veranstaltung aus einem Interview von Pia Zimmermann mit den beiden Spitzenkandidaten Gerd Nier und Eckhard Fascher zu sehr unterschiedlichen Fragen der Kommunalpolitik. Stellungnahmen diese zur Flüchtlingspolitik, wobei deutliche Kritik an der Unterbringung in der Siekhöhe geübt wurde, zum ÖPNV, der als unzureichend angesehen wurde bis hin zur Haushaltspolitik, der notwendigen Unterstützung der Göttinger Vereine und Initiativen oder der Zwangsarbeiterausstellung. Die Zuhörer/innen vermochten sich so ein gutes Bild von der Göttinger Kommunalpolitik zu machen.

Dann folgte noch eine Rede des Landesvorsitzenden mit für den Wahlkampf und die Wahl eher weniger mobilisierenden Inhalt.

### Weiterer Wahlkampf

Im September werden im wesentlichen die in der letzten Ausgabe beschriebenen Aktivitäten fortgesetzt.

**Infostände:** Insbesondere in Göttingen wird mindestens jeden Samstag ein Infostand stattfinden. Für das Kreisgebiet



werden die einzelnen Ortsverbände ebenfalls in der Regel samstags Informationsstände durchführen, dabei sind allerdings auch andere Wochentage möglich. So wird aufgrund des Wochenmarktes mindestens ein Stand in Bovenden Freitag Mittag stattfinden, auch in Rosdorf wird der Freitag präferiert. Im Noch-Kreis Osterode führte und führt der Ortsverband seine samstäglichen Stände in den verschiedenen Orten wie Herzberg, Bad Grund, Osterode und Bad Lauterberg durch. Wer außerhalb der Stadt Göttingen lebt und sich hier engagieren möchte, sollte sich an seinen Ortsverband wenden.

**Plakatieren:** Das Plakatieren wird zwar weitgehend abgeschlossen sein, an einigen Stellen wird aber nachgeklebt werden müssen.

**Das Wahlwochenende 10./11. September:** Am letzten Wochenende vor der Wahl gibt es traditionell einen Endspurt mit Ständen und Verteilaktionen; näheres dazu findet ihr zeitnah auf der Homepage.

Und natürlich nicht vergessen: Am Sonntag wählen gehen oder vorher Briefwahl machen. Die Wahllokale haben von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Ab 17.30 Uhr findet dann in der Hafensbar Kadenz, Judenstr. 17, Göttingen die Wahlfete statt.

**Ich will helfen – wie nehme ich Kontakt auf?**

**Ganz wichtig:** Insbesondere für die „Steck“-Aktionen, aber auch für die Infostände, werden möglichst viele engagierte GenossInnen benötigt. Wer sich dafür anmelden will, kann dies am einfachsten per Telefon unter 0551-49566680 oder mit einer E-Mail an [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de) tun.

# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Wir dokumentieren die Arbeit der Göttinger Linke im Ortsrat Grone:

## ► Wohnraum und Nahversorgung: Grundlegenden Bedürfnisse müssen in Grone gesichert werden

Es ist kaum zu glauben, mit welchen grundlegenden Bedürfnissen sich der Ortsrat in Grone beschäftigen muss. Nicht mit dem Aufstellen von Parkbänken oder der Frage, wo noch ein Radweg oder ein Zebrastreifen fehlt. Nein, in Grone geht es um die Basis des täglichen Lebens: Wohnen und die Nahversorgung mit Lebensmitteln in fußläufiger Nähe. Besonders wichtig für die Vielzahl von älteren Menschen und Menschen ohne großes Einkommen oder mit Behinderungen, die selbst kein Auto haben!

Da die Grobiane (Groner Bürgerinitiative Antifaschismus) in Grone leben und einkaufen, haben sie im hiesigen Rewe-Markt durch Gespräche mit dem Kassenspersonal schon vor Wochen erfahren, dass der Markt zu Beginn des nächsten Jahres schließen wird. Dies ist eine echte Katastrophe für die Wohnbevölkerung.

Wer sich mal einen Tag vor den REWE-Markt stellt, kann beobachten, dass es eine Vielzahl älterer Menschen oder Menschen mit Behinderung gibt, die den Markt, z.T. mit Rollator oder Rollstuhl ansteuern. In unmittelbarer Nähe gibt es barrierefreie Wohnungen, deren BewohnerInnen fußläufig einkaufen, sowie Arztpraxen, einen Friseur und eine Apotheke erreichen können. Die Filialen der Volksbank und der Sparkasse sind bereits geschlossen. Wenn jetzt auch noch der Lebensmittelmarkt schließt, bedeutet das für alle, die kein Auto zur Verfügung haben, ein grundlegendes Problem der Versorgung mit Lebensmitteln, Buskarten und dem Versenden von Post und Paketen. Dies betrifft im eher ärmeren Stadtteil Grone-Süd zahlreiche Menschen, so auch Mütter mit kleinen Kindern, GrundsicherungsbezieherInnen etc. Denn die anderen Einkaufsmöglichkeiten im Kaufpark, Grone-Nord und Edeka an der Kasseler Landstraße sind für Menschen mit eingeschränkter Mobilität nur per Bus zu erreichen, was wiederum Geld kostet. Wie jede/r weiß, gibt es (noch) kein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr.

Also ist es dringend erforderlich, etwas gegen den drohenden Wegfall der Nahversorgung zu unternehmen. Und es zeigt sich, dass sich durch engagierte Stadtteilpolitik

doch etwas bewegen lässt. Aufgrund eines vom Ortsratsmitglied Hendrik Falkenberg herausgegebene Pressemitteilung erschienenen Artikel im Göttinger Tageblatt, kam der Verantwortliche von Rewe, der auch den Markt in Rosdorf betreibt, zum Runden Tisch und stellte sich der Diskussion. Hier wurde deutlich, dass es um einen Konflikt zwischen Vermieter und Betreiber des Marktes geht. Was wir aus eigener Anschauung wissen: Der Markt braucht u.a. eine verbesserte Kühlung, d.h. Es sind Investitionen nötig, die der Betreiber nur tätigen will, wenn die Miete gesenkt wird. Das ist natürlich etwas, was Vermieter nur selten bis nie tun.

Um das Thema weiter politisch zu verfolgen, hat Hendrik Falkenberg als Vertreter der GölLinken im Ortsrat Grone eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt, was diese zu tun gedenkt, um die Nahversorgung in Grone-Süd zu sichern. Als Antwort stellte sich heraus, dass die Stadtverwaltung noch keine Kenntnisse hat über eine mögliche Nachfolge von Rewe. Die von uns geforderte Verpflichtung, dort die Einkaufsmöglichkeiten aufrecht zu erhalten, auch möglicherweise im Rahmen eines kommunalen Nahversorgers, wurden verneint. Allerdings sieht der Bebauungsplan am dortigen Standort Einzelhandel vor. Nun ist noch zu prüfen, ob auch zwingend Lebensmittel angeboten werden müssen, denn einen Klamottenladen, wie es gerüchtweise hieß, brauchen wir dort nun wirklich nicht.

Insgesamt wurden die Möglichkeiten der Stadt Göttingen, auf den zunehmenden Leerstand der Gewerbeflächen Einfluss zu nehmen, als sehr gering angesehen. Auch die sonst ja sehr rührige GWG habe hier keine Möglichkeiten, da sie nicht als Makler tätig werden dürfe. Immerhin gibt es ein Einzelhandelskonzept der Stadt und die Ortsbürgermeisterin ist im Gespräch mit dem Vermieter des Rewe-Marktes. Beim runden Tisch war auch die Idee aufgekommen, dass alle dort vertretenen Institutionen Protestbriefe schreiben.

Der Stadtteil Grone-Süd hat sicher profitiert von der Projektförderung der Sozialen

Stadt Anfang der 2000er Jahre, aber vieles war auch nur Strohfeuer und die Projekte der damals Engagierten aus Stadt und Verwaltung sind wieder eingestellt worden. Die Göttinger Linke muss sich hier vor Ort immer wieder dafür engagieren, dass der benachteiligte Teil von Grone nicht Total abgehängt wird.

Dazu gehört auch die Thematik des massiven Leerstandes in Grone-Süd und Teilen von Grone-Altdorf, alles Immobilien der Westgrund AG. Wir haben schon im letzten Sommer, als die Stadtverwaltung händeringend nach Wohnraum für geflüchtete Menschen suchte, darauf hingewiesen. Immer wieder brachten wir das Thema zum Runden Tisches Grone. Dort nahm einmal sogar der Oberbürgermeister Herr Köhler teil und stellte ganz deutlich fest, dass es marktbedingt keinen Leerstand geben könne. Nun hat es die Westgrund AG geschafft, seit über einem Jahr ganze 10 Wohnungen von 80 leerstehenden an Geflüchtete zu vermieten, und das nur auf immerwährenden Druck von Seiten der Öffentlichkeit.

Auch die Stadt musste erst zum Jagen getrieben werden, denn sie hatte es laut eigener Aussage im Sommer 2015 aufgegeben, die Vermieter zu kontaktieren. Von Druck ausüben ganz zu schweigen. Eher baut man Lagerhallen für mehrere Millionen für eine menschenunwürdige Flüchtlingsunterbringung um, als dass die Verantwortlichen der Stadt Göttingen Immobilieneigentümer unter Druck setzen.

Daher ist es Aufgabe linker Kommunalpolitik, hier nicht locker zu lassen und auch dieses Thema wurde mittels einer Anfrage der GölLinken im Ortsrat Grone aufgegriffen. Die Fragen nach dem Stand und Inhalt der sich schon lange hinziehenden Verhandlungen zwischen Stadt und Westgrund AG wurden inzwischen wie folgt beantwortet:

Es ginge darum, 50 Wohneinheiten nun wohl doch endlich – möglicherweise - zu vermieten und die Verhandlungen stünden kurz vor dem Abschluss. Der Abschluss sei Ende August, Anfang September zu erwarten.

(...) weiter auf Seite 12

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

## ► LINKE.-Wahlkampftruck 16. August

Rede von Gerd Nier

### **Liebe Göttinger Bürgerinnen und Bürger!**

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Göttinger Linken für den Stadtrat und der Partei DIE LINKE. für den Kreistag treten dafür an, in Stadt und Kreis möglichst gerechte und lebenswerte Verhältnisse für alle Bürger\*innen zu schaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle hier lebenden Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, unabhängig von der Größe ihres Geldbeutels und ihrer Herkunft

Rat und Kreistag brauchen nicht vorrangig Erfüllungsgehilfinnen und -gehilfen und Abnicker\*innen für die Vorstellungen und das Handeln der Verwaltung. Gebraucht werden kritische, eigenständige und unabhängige Frauen und Männer, die zu allererst für die Bürger\*innen da sind. Die ein offenes Ohr haben und Gemeinsinn statt Einzelinteressen in den Vordergrund stellen. Die Bürgerbeteiligung und -mitwirkung nicht als Störfaktoren und Sand im Getriebe betrachten, sondern als Bereicherung und wichtigen Beitrag zur Gestaltung eines lebens- und lebenswerten Gemeinwesens.

Durch den Erhalt der kulturellen Vielfalt, einen guten und kostengünstigen oder sogar kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, bezahlbare Mieten und eine kinderfreundliche und altersgerechte Infrastruktur möchten die Kandidatinnen und Kandidaten der Göttinger Linken dazu beitragen, dass sich die Menschen hier wohlfühlen und sich durch die kommunalen Entscheidungen vertreten fühlen.

Wir möchten insbesondere erreichen:

- dass bezahlbares Wohnen in allen Stadtteilen für alle Bevölkerungsgruppen möglich ist und der Verdrängungswettbewerb auf dem Wohnungsmarkt zu Lasten von Geringverdiener\*innen, ja selbst Normalverdiener\*innen gestoppt wird. Dafür muss endlich der soziale Wohnungsbau reaktiviert werden und insbesondere die städtische Wohnungsbau-gesellschaft in die Lage versetzt werden, in erkennbarem Maße sozial-pflichtige

Wohnungen erstellen und vermieten zu können.

Dazu gehört auch, dass städtische Grundstücke und Immobilien nicht weiter zum kurzfristigen Schönen des Haushaltes „verscheuert“ werden.

So muss z.B. die alte Voigtschule auf Dauer im städtischen Besitz bleiben.

Gewerbeansiedlungen um jeden Preis und unter reinen Konkurrenzaspekten gegenüber Nachbargemeinden – wie z.B. die Ansiedlung eines neuen Möbelgroßmarktes – werden wir unsere Stimme nicht geben. Es ist schon zu viel guter Ackerboden für mittlerweile schon wieder leerstehende Wirtschafts- und Industriegebäude versiegelt worden.

Zwischenzeitlich werden leerstehende Lagerhallen am Rande der Stadt vermietet, um als Massenunterkunft für geflüchtete Menschen genutzt zu werden. Das widerspricht allen Ratsbekundungen zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen, läuft allen Integrationsbemühungen zuwider und füllt lediglich die Kasse des privaten Vermieters.

Es muss endlich eingeschritten werden gegen bewussten Wohnungsleerstand.

Die aktive Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Helfer\*innen und des Netzwerkes der Flüchtlingsinitiativen in unserer Stadt sind für uns ein Gebot der Stunde. Es geht nicht an, dass die Ehrenamtlichen nur so lange in Sonntagsreden gelobt werden, so lange sie schön ausführen, was die Verwaltung und die Träger von ihnen erwarten und verlangen, aber bei der leisesten Kritik oder gegenläufigen Vorschlägen als inkompetent, renitent und politisch fremdbestimmt diffamiert werden.

Das bedeutet für uns auch ganz konkret, dass sich die Stadt an der Bestandssicherung des besetzten, selbstverwalteten Flüchtlings-, Wohn- und Kulturprojektes OM10 / altes DGB-Haus aktiv beteiligt. Während die Initiative bundesweite Anerkennung erfährt, wird sie von der Stadt immer noch weitgehend ignoriert und von der Vermögensverwaltung des DGB hingehalten.



Statt einer einseitigen Förderung eines millionenschweren Kunstquartiers, dessen Folgekosten noch in keiner Weise absehbar sind, möchten wir die Mittel vorrangig für die bestehenden kulturellen und sozialen Einrichtungen und Initiativen einsetzen, die Jahr für Jahr bei den Haushaltsberatungen um ihre Ansätze und manchmal sogar um ihre Existenz bangen müssen. Wir wollen das KAZ, das städtische Museum, das Juzi, die Bürgerzentren Leineberg, Holtensener Berg, Grone, den Frauennotruf und die vielen anderen kleinen sozial und kulturell engagierten Initiativen in ihrem Bestand sichern und fördern.

Abschließend nur noch ein paar eher holzschnittartige Anmerkungen:

- Wir fordern eine Steuerpolitik auf Bundes- und Landesebene, die dem Kaputtsparen der Kommunen endlich ein Ende setzt.
- Wir wehren uns gegen TTIP, weil wir u.a. drastische Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung und in mühsam erkämpfte ökologische und soziale Standards befürchten.
- Für uns ist Gesundheit keine Ware. Deshalb lehnen wir die Privatisierung von Krankenhäusern ab. Statt dessen fordern wir im Interesse von Patienten und Personal endlich eine gesetzlich verankerte Personalzumessung und die Erhaltung einer wohnortnahen Versorgung.
- Wir unterstützen die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen, ein nachhaltiges Konzept des Klimaschutzes und Partnerschaften auf Augenhöhe mit Städten des Globalen Südens.

Für all dies brauchen wir Ihre Stimmen, um im Rat wieder eine erkennbare Opposition zu sein. Wir brauchen Ihre Unterstützung, damit die Allianz zwischen den großen Ratsfraktionen und der Verwaltung auch zukünftig nicht ungestört und unwidersprochen weiter fortgesetzt werden kann.

# ► Für einen gerechten Welthandel: CETA & TTIP stoppen! Jetzt wird entschieden!

**Aufruf zu bundesweiten Großdemonstrationen in sieben Städten – in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart am 17. September 2016**

**CETA und TTIP, die Abkommen der EU mit Kanada und den USA, drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben. Im Herbst geht diese Auseinandersetzung in die heiße Phase: EU und USA drücken aufs Tempo und wollen TTIP bis zum Jahresende fertig verhandeln.**

CETA ist bereits fertig verhandelt. EU-Kommission und Bundesregierung wollen, dass das Abkommen beim EU-Kanada-Gipfel im Oktober offiziell unterzeichnet wird. Zuvor müssen sowohl der EU-Ministerrat als auch die Bundesregierung entscheiden, ob sie CETA stoppen. CETA dient als Blaupause für TTIP. Schon mit CETA könnten Großunternehmen über kanadische Tochtergesellschaften EU-Mitgliedsstaaten auf Schadensersatz verklagen, wenn neue Gesetze ihre Profite schmälern.

Kurz vor diesen Entscheidungen tragen wir unseren Protest gegen CETA und TTIP auf die Straße! Getragen von einem breiten Bündnis demonstrieren wir mit weit über hunderttausend Menschen am Samstag, den 17. September in sieben Städten – in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart. Damit fordern wir auch die Landesregierungen auf, im Bundesrat CETA und TTIP nicht zuzustimmen.

Wir sind Teil einer transnationalen Bewegung: Auf beiden Seiten des Atlantiks streiten wir zusammen mit unseren Freund/innen und Partner/innen in Kanada und USA gegen Abkommen, die vor allem mächtigen wirtschaftlichen Interessengruppen dienen und somit das

Ungleichgewicht zwischen Gemeinwohl- und Wirtschaftsinteressen festschreiben. Hier wie dort treten wir für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat fördern sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und guter Arbeit stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch CETA und TTIP gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderklagerechte für Investoren gefährden demokratische Handlungsfreiheiten.

Beide Abkommen und das Dienstleistungsabkommen TiSA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken transnationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. CETA und TTIP grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen statt sie zu vergrößern
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

**Hierfür gehen wir am Samstag, den 17. September in Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart auf die Straße. Demonstrieren Sie mit!**

**Buskarten – auch zu ermäßigten Preisen – wird es im Roten Buchladen (Nikolaikirchhof 7) geben.**

(...) Fortsetzung „Wohnraum und Nahversorgung“ von Seite 10

Als NachbarInnen der leerstehenden Wohnungen ist zu sagen, dass – bislang zumindest – noch nichts zu bemerken ist von Renovierungs- oder Sanierungsmaßnahmen. Und dass die Wohnungen im großen Stil endlich vermietet werden, glauben wir erst, wenn wir es sehen.

Also heißt es auch hier: Linke Stadtteilpolitik muss sich immer wieder vor Ort aufmerksam und engagiert um die Belange derer kümmern, die nicht im Fokus

der herrschenden Politik und Interessen stehen. Dies betrifft insbesondere auch die Situation der Geflüchteten. So hat Herr Stadtrat Lieske den Ortsrat Grone ganz nebenbei darüber informiert, dass eine weitere Flüchtlingsunterkunft im Industriegebiet, in der Karl-Giesecke-Straße, belegt wird mit maximal 61 Personen. Da stellt sich doch die Frage, ob die Lage im Industriegebiet alternativlos ist. Es leben schon in der Gustav-Bielefeld-Straße Geflüchtete recht abgelegen,

von der Siekhöhe ganz zu schweigen. Gleichzeitig wurden die Pläne, auf dem Gelände der ehemaligen Blauen Halle in Grone-Süd Unterkünfte zu bauen, verworfen, weil dort der Bebauungsplan Einzelhäuser vorsieht und die Notwendigkeit der Flüchtlingsunterbringung nicht mehr bestünde. Ein Antrag der GöLinken an den Ortsrat, das Gelände doch zu nutzen, um Sozialwohnungen für Bedürftige allgemein zu bauen, wurde dementsprechend abgelehnt.